

BVfK-Pressmeldung

Bonn, 9. März 2021

Will Robert Habeck Unternehmer aus der Politik drängen?

Grünen Politiker: Nähe zu wirtschaftlichen Tätigkeiten = mangelndes Unrechtsbewusstsein

BVfK: Unternehmer sind nicht weniger rechtstreu. Mehr Unternehmer täten der Politik gut, doch sie sind unterrepräsentiert

Zur Maskenaffäre befragt, unterstellt Habeck am [8. März 2020 um 20:00 Uhr in der Tagesschau](#) der gesamten Union ein strukturelles Problem:

„... gibt es einfach ne besonders große Nähe zu wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit auch ein mangelndes Unrechtsbewusstsein, dass Geldflüsse möglicherweise nicht korrekt sind.“

Der Bundesverband freier Kfz-Händler kritisiert die Äußerungen des Parteichefs der Grünen. Der BVfK-Vorsitzende Ansgar Klein stellt richtig:

„Unternehmer bilden das Fundament eines Staates. Sie investieren, riskieren und schaffen Arbeitsplätze. Sie sind engagiert und innovativ. Sie sind nicht weniger rechtstreu als Angestellte und Beamte, allerdings in der Politik völlig unterrepräsentiert. Dabei könnten Sie helfen, Aufgaben und insbesondere außergewöhnliche Herausforderungen pragmatisch und mit unternehmerischem Sachverstand zu lösen. Das Kassieren fragwürdiger Provisionen für die Beschaffung von Artikeln, die der Pandemiebekämpfung dienen, gehört ausdrücklich nicht dazu. Der Bundesverband Freier Kfz-Händler tritt gleichermaßen für faire Rahmenbedingungen, wie auch korrektes Geschäftsgebaren ein. Kriminelles und fragwürdiges Verhalten gibt es überall in unserer Gesellschaft, in allen Berufsgruppen, auch in der Politik, und zwar parteiübergreifend. Politikern die Nähe zur Wirtschaft zu verbieten oder dies pauschal als fragwürdig darzustellen, hieße, auf Erfahrung und Kompetenz zu verzichten, die für das Gelingen großartiger Dinge - auch in der Politik - von elementarer Bedeutung sind. Unternehmer dürfen daher nicht aus der Politik vertrieben werden, sondern es muss für sie attraktiver werden, sich auch politisch für das Gemeinwohl zu engagieren. Während auf ihren Schultern der größte Teil der wirtschaftlichen Schäden der Corona-Krise liegt und viele um ihre Existenz fürchten, darf ihnen jetzt nicht noch von linken Ideologen generelles Unrechtsbewusstsein unterstellt werden.“

Der Bundesverband freier Kfz-Händler e.V. (BVfK) vertritt die Interessen des seriösen freien Kfz-Handels in Deutschland. Dem Verband gehören Unternehmen aus dem Neu- und Gebrauchtwagenhandel, als auch dem Kfz-Vermittlergeschäft an. Die Mitgliederzahl steigt seit seiner Gründung im Jahr 2000 stetig. Derzeit sind ca. 800 Händler organisiert. Der Verband sieht seine Aufgaben in der Imageverbesserung seiner einem strengen Regelwerk verpflichteten Mitglieder sowie der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wozu



ganz wesentlich die Bekämpfung unseriöser Geschäftspraktiken zählt. So trägt der BVfK erfolgreich zur Förderung des lautereren Geschäftsverkehrs, wie auch des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs bei. Seit über 20 Jahren leistet der Verband Pionierarbeit. Hierzu zählen bedeutende Projekte, wie etwa der von Autorechtspapst Dr. Kurt Reinking und BVfK-Vorstand Ansgar Klein initiierte Deutsche Autorechtstag (www.deutscher-autorechtstag.de), der gemeinsam von BVfK, ADAC und ZDK veranstaltet wird, wie auch die Einrichtung von Schiedsstellen zur gütlichen Einigung von Streitfällen. Die Schlichtungsquote von über 90% beweist das erfolgreiche Konzept, wie auch das Vertrauen der Kundschaft in die Arbeit des Bundesverbandes und seiner Mitglieder.

Kontakt:

BVfK-Pressestelle Bonn Telefon: +49 228 85 40 90 E-Mail: pressestelle@bvfk.de V.i.S.d.P.: Ansgar Klein